

Zur Wohnbau-Krise

Moderner Raubritterzug

Dass die Grundeigentümer mit einer Erhöhung der Grundsteuer rechnen müssen, die Unternehmen mit einer Erhöhung der Gewerbesteuer und die Mieter mit Mietererhöhungen, ist ein moderner Raubritterzug des Staates zur Enteignung der Bürger. Und dies alles für ein Missmanagement eines städtischen Betriebes, wo jedes Privatunternehmen in den Konkurs geht und die Haftung persönlich trägt.

Es gibt genug Investoren für die Objekte der Wohnbau. Ein Konkurs schadet den Mietern weniger als eine Sanierung auf den Schultern der Allgemeinheit. Ist den sozialen Mainzer Genossen, angeführt vom Aufsichtsrat durch OB Beutel, einmal aufgefallen, dass eine Erhöhung der Grundsteuer auf die Mieter in den Nebenkosten umgelegt wird? Also eine doppelte Mieterhöhung für die Mieter.

Wenn die Stadt Unternehmen führt, mit teilweise fachfremden, aber parteinahen

Führungskräften bestückt, Sahnestückchen für Investitionen ihren Unternehmen zuspießt und jeden Kleinunternehmer damit matt setzt, muss das Unternehmen aber auch in Krisenzeiten dem Markt unterworfen sein.

Der Aufsichtsrat, angefangen beim Oberbürgermeister, und der Vorstand gehören zur Rechenschaft gezogen und die Wohnbau zur Sanierung oder Abwicklung einem Konkursverwalter oder Sanierer übergeben.

Sollten die angedachten Belastungen für die Grundstückseigentümer, Unternehmer und Mieter kommen, dann wäre jeder Betroffene aufgerufen, gegen die Stadt wegen Enteignung, Schadenersatz, Ungleichbehandlung und so weiter Klage anzustreben und in einer Klagewelle dagegen zu setzen.

Diese Abzocke der Bürger muss endlich ein Ende haben, mit Enteignung der Bürger hat noch kein Land langfristig überlebt. Ein neuer Anfang muss gemacht werden.

Jürgen Zwilling
55127 Mainz